

Der kurze Weg zum Praxisschock

Seit dem 1. Mai 2012 ist Robert Schneider (Name geändert) eine „LiV“, eine Lehrkraft im pädagogischen Vorbereitungsdienst des Landes Hessen. Seine Ausbilderin für BRB (Beratung und Reflexion Berufsrolle – so die ministerielle Stummelsprache) hatte der LiV erläutert, die weibliche Pädagogik sei auf das „Gender Mainstreaming“ zurückzuführen, das nunmehr alle Bereiche des Schulwesens im Sinne der Frauenförderung bestimme. Schneider wundert sich, schließlich hatte er in Kindergarten und Grundschule ausschließlich Frauen erlebt, und auch im Studienseminar, seiner neuen Dienststelle, ist die Mehrheit der LiV weiblich.

Im Studienseminar und in seiner Ausbildungsschule hat er bis zum 29. Juni 2012 Zeit, sich so weit zu qualifizieren, dass er nach den Sommerferien, vom 13. August an, zwölf Wochenstunden eigenverantwortlich und kompetent Unterricht geben kann. Er weiß noch nicht, dass das nicht gelingen wird – aber seine Ausbilder wissen es! Sie haben die letzten Monate damit verbracht, die sogenannten Module der Einführungsphase, die früher ein halbes Jahr dauerte, auf ein Vierteljahr zu reduzieren. Nun bleiben nur sechs Wochen, die den üblichen Schuljahresabschluss-Stress bescheren: Wandertage, Bundesjugendspiele und Sportfest, Schulkonzerte, Bücherrückgabe, Notengebung und Versetzungskonferenzen bestimmen die Vorferienzeit. Das mündliche Abitur und zentrale Abschlussprüfungen sorgen für zusätzlichen Wirbel. Zwei Feiertage nebst „Brückentagen“ und Pfingstmontag kosten eine weitere Arbeitswoche. In diesem unvermeidlichen Kunterbunt soll die LiV durch Abschauen und Ausprobieren alle Grundlagen für ein professionelles Unterrichtshandeln entwickeln, um alsbald allein in den Klassen zu bestehen?

Die Ausbildung aller Lehrer findet in vier Einrichtungen statt: der Universität, dem Studienseminar, der Ausbildungsschule – und der Herkunftsschule, die den pädagogischen Nachwuchs durch eigenes Erleben nachhaltig geprägt, den Berufswunsch geweckt und die Inhalte und Ausprägungen der Lehrerrolle möglicherweise lebenszeitlich definiert hat. Diese gleichsam inoffizielle Ausbildungsstätte, der die jüngsten LiV vor fünf bis sechs Jahren entronnen sind, spielt in der „offiziellen“ Lehrerbildung kaum eine Rolle und wirkt darum halb bewusst und unkontrollierbar fort. LiV Schneider wird in seiner unvermeidlichen Unsicherheit die kruden, dumpf erinnerten Muster nutzen, wenn er von August an in seinen Klassen bestehen will. Ein einigermaßen professioneller Start ins Berufsleben ist das nicht.

Die Rolle der Universitäten in der Lehrerbildung ist in die Diskussion geraten. Sie sollen die angebliche Zweitrangigkeit der Lehramtsstudiengänge beenden und zugleich deutlich mehr für die schulische Praxistauglichkeit ihrer Lehre tun. Das können sie nicht leisten: Selbst wenn man Abstriche an der fachwissenschaftlichen Substanz und Qualität hinnähme, bleibt es dabei, dass viele Professoren keine oder nur rudimentäre Unterrichtserfahrung besitzen und auch das übrige Personal nicht regelmäßig selbst vor der Klasse steht. Wie sich die kollektive Widerständigkeit, Gleichgültigkeit oder Motivation von Schulklassen mit ganz unterschiedlichen Kindern aushalten und dann gestalten lässt, das ist das Zentrum unterrichtlichen Erlebens und Handelns und nicht das Feld der Universität. Es wäre unfair, dem Hessischen Amt für Lehrerbildung (AFL) vorzuwerfen, dass ihm die Integration von Universität und Studienseminar nicht gelungen sei.

Die Lehrerbildung verspielt die Zukunft der Schule.

Die Verkürzung der Einführungsphase auf ein Vierteljahr etwa in Hessen schmälert die Qualität erheblich.

Von Klaus Rufß

Das AFL indessen hat im Auftrag des Kultusministeriums die Modularisierung der sogenannten zweiten Ausbildungsphase an den Studienseminaren ins Werk gesetzt. Die Methode war ebenso simpel wie probat: Man übertrug allen Seminaren die Aufgabe, die Module inhaltlich und methodisch zu gestalten – in Hessen also 32 Mal. Das hatte zur Folge, dass die Module inhaltlich rettungslos vollgepackt wurden, dass die Einheitlichkeit der Ausbildung zum Teil dahin ist und dass das einzelne Seminar für alles geradestehen muss, was misslingt. Die meisten Ausbilder lehnen die Modularisierung aus guten Gründen ab, wollten sich aber der Mitarbeit nicht verweigern und distanzieren sich seither unentwegt von den Früchten ihrer eigenen Mühen. Was für die Wissenschaft angesichts des Bologna-Zwangs sinnvoll sein mag, ist für die Einführung in die Pädagogik des Unterrichtens eine Katastrophe. Früher war die Ausbildung im Studienseminar ein kontinuierlicher

Prozess der Professionalisierung von Lehrern. Eine „Note über den Ausbildungsstand“ zog darüber Bilanz; jetzt addiert sie Fragmente, die jeweils für sich benotet und „abgehakt“ werden. Weder die Pisa-Studie noch ein anderes Forschungsergebnis haben dieses Manöver jemals plausibel begründet.

Den Ausbildern im Studienseminar obliegt es, die Lehrer im pädagogischen Vorbereitungsdienst, denen die Schule durch zwei sogenannte studienbegleitende Praktika nahegebracht worden war, in wenigen Wochen „praxisschocktauglich“ zu machen. Das hieß eigentlich, dass die LiV Unterricht in allen Klassenstufen professionell planen und durchführen können, die sozialen Prozesse in den Lerngruppen verstehen und beherrschen, die Leistungsmessung und Notengebung pädagogisch transparent und notfalls gerichtsfest vornehmen, die Kommunikation mit einer zunehmend widerborstigen Elternschaft wahrnehmen, ihre Rolle im Lehrerkollegium definieren und auf wachsendem Anspruchsniveau den Anforderungen des bewertenden und prüfenden Studienseminars genügen.

All das müsste den LiV nicht nur theoretisch erklärt, sondern lebendig vorgebracht werden. Denn Unterrichten ist –

bei aller, unablässig wechselnden, theoretischen Fundierung – immer Beziehungsarbeit und Kommunikationskunst. Doch die Ausbilder an den Studienseminaren, die stets auch eigenen Unterricht erteilen sollten, taugen immer weniger zum Vorbild. Denn das Land spart nicht nur an der Dauer der Ausbildung, sondern auch an deren Qualität. Dieser Sachverhalt ist kompliziert, geradezu heimtückisch: Die Zahl der Lehrer im Vorbereitungsdienst, die ein Seminar auszubilden hat, muss in Beziehung gesetzt werden zur Menge der Unterrichtsverpflichtung der Ausbilder. Die können aber nicht gleichzeitig unterrichten, während sie ausbilden oder prüfen. Seit dem Jahr 2000 ist der „Wert“ einer Ausbildungsstunde auf etwa die Hälfte gesunken. Nunmehr dürfen den Seminaren pro LiV nur noch 4,75 Stunden angerechnet werden. Das bedeutet, dass die Zeit für theoretische Ausbildung, Beratung, Unterrichtsplanung, Lehrproben, Auswertung von Unterricht auf ein nicht mehr vertretbares Minimum geschrumpft ist. Der persönliche Kontakt wird zunehmend durch intensiven Mail-Austausch simuliert. Manche Ausbilder haben so viele Lehrer im Vorbereitungsdienst, dass sie – rechtswidrig – überhaupt nicht mehr unterrichten und den LiV nur noch als theo-

retische Lehrerwesen gegenüberreten. Vor allem in den sogenannten Flächenseminaren sind die Ausbilder ständig unterwegs und müssen gequält hinnehmen, dass eigener Unterricht notgedrungen ausfällt. Weil dieser Missstand finanziell nicht ins Gewicht fällt und nur den betroffenen Schülern schadet, schert er die Verantwortlichen nicht. Um eine Lehrerversorgung von 100,25 Prozent vorzutauschen, haben die Verantwortlichen die Anrechnung des LiV-Unterrichts für die Schulen von 6,4 auf 8 Wochenstunden erhöht. Folglich bekommen die Schulen weniger ausgebildete Lehrer, die bislang oft gemeinsam mit den LiV eingepflanzt waren und die schlimmsten Ausbildungsmängel haben ausgleichen können. Das gibt es nun nicht mehr, und der Mangel nennt sich ministeriell „stärkere Praxisorientierung“.

Die Ausbildung der Lehrer ist die qualitätsentscheidende bildungspolitische Investition. Sie wirkt jeweils auf die nächste Generation der Kinder. Jede Stunde, die den Referendaren (die LiV seien hiermit sprachlich beerdigt) an Ausbildung entzogen wird, rächt sich bitter. Das Land Hessen meint offenkundig, dass die Ausbildung der Juristen schwieriger sei als die der Lehrer, denn das Rechtsreferendariat dauert weiterhin 24 Monate.

Es verordnet eine Ausbildungspraxis, in der alles, wie ein Seminarleiter formuliert, „auf der letzten Rille“ abzuspulen ist. Die „Ressource Zeit“ kostet Geld. Da Geld eingespart wurde, verschwand gründliches Nachdenken ebenso aus der Lehrerbildung wie das persönliche Vorbild derer, die das Handwerk des Unterrichts beherrschen. Eine verantwortbare Lehrerausbildung schrieb eigentlich vor, dass Referendare mindestens genauso viele Unterrichtsstunden bei ihren Ausbildern sehen, wie sie selbst bewertete Lehrproben ableisten müssen. Das wäre eine Revolution! Inzwischen ist der Mai vorüber. Der Referendar Schneider hat noch keine Stunde selbstständig unterrichten können; schließlich „müssen noch Noten gemacht werden“. Er hat darum auch keinen seiner Ausbilder unterrichtend erlebt. Doch nach den Zeugiskonferenzen, so erfährt er von den Profis, sei die Motivation der Schüler „im Keller“. Das solle er sich bloß nicht antun. Und nun?

Schneider würde gerne wissen, welche Klassen er nach den Ferien bekommt, weil er sie zuvor noch kennenlernen möchte und er sich fachlich vorbereiten muss. Daraus werde möglicherweise nichts, beunruhigt ihn die Schulleitung. Erst wenn die Lehrerzuweisung für das nächste Schuljahr „steht“, kann die Unterrichtsverteilung vorgenommen werden. Wenn Herr Schneider Glück hat, erfährt er in den Ferien, in welcher Klasse er welches Fach wird unterrichten müssen. Hat er Pech, drückt man ihm am ersten Schultag seinen Stundenplan in die Hand, und Schneider kann froh sein, wenn der nicht noch geändert wird.

Währenddessen droht der Lehrerausbildung neues Ungemach: Ein Praxissemester soll der Universität genau das abverlangen, was sie nicht leisten kann, und die zweite Ausbildungsphase weiter verkürzen. Dann wird sich die „LiV Schneider“ in der Rückschau noch privilegiert vorfinden. Man darf gespannt sein, ob die Studienseminare diese neuerliche Attacke auf ihre Kompetenz und Bedeutung endlich parieren werden.

Der Verfasser hat in unterschiedlichen Funktionen 34 Jahre lang Lehrer ausgebildet.



Das Klassenzimmer blieb für den Junglehrer ein abstrakter Ort.

Foto Ute Grabowsky/Photothek

Exzellente bis zur Selbstaufgabe

Nach einem teils grotesken Antragsmarathon wird demnächst wieder darüber befunden, welche Universitäten besonders förderungswürdig sind / Von Heike Schmolz

Am 15. Juni fällt zum dritten Mal die Entscheidung im Exzellenzwettbewerb von Bund und Ländern. Neun bisherige Exzellenzuniversitäten haben Fortsetzungsanträge eingereicht: die RWTH Aachen, die FU Berlin, die Universitäten in Freiburg, Göttingen, Heidelberg, Konstanz und München, die TU München sowie das Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Scheitert eine der Universitäten daran, ihr Exzellenzcluster und ihre Graduiertenschulen im Wettbewerb erfolgreich zu verteidigen, also auch handfeste Ergebnisse der in den vergangenen Jahren geleisteten Arbeit vorzuweisen, fehlen ihr nach den Regeln des Wettbewerbs die Voraussetzungen für ihr Zukunftskonzept, das die künftige Entwicklung der gesamten Universität beschreibt. Dem Vorschlag des bayerischen Wissenschaftsministers Heubisch (FDP), keiner der neun Exzellenzuniversitäten ihren Status zu entziehen, weil Wissenschaft nicht mit dem „Zentimeterband“ beurteilt werden könne, hat der Vorsitzende des Wissenschaftsrats Wolfgang Marquardt inzwischen entschieden widersprochen. Wenn mit einem enormen Aufwand ein wettbewerbliches Verfahren von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) und Wissenschaftsrat organisiert werde, könne die Politik nicht plötzlich die Regeln außer Kraft setzen.

Man rechnet damit, dass es am 15. Juni insgesamt 12 Universitäten mit Exzellenzstatus geben wird. Eine in der ersten oder zweiten Runde gekürzte Universität wird ihn verlieren, damit der Wettbewerbscharakter erhalten bleibt. In diesem Falle könnten vier Neubewerber in die Riege der Exzellenzuniversitäten gelangen.

Im sogenannten Bewilligungsausschuss, der am Freitag nächster Woche seine Entscheidung bekanntgeben wird, hat die Politik 32 Stimmen, die Wissenschaft aber 39. Der Befürchtung, dass die politischen Vertreter zu guter Letzt doch noch

wissenschaftsfremde Kriterien wie regionale Verteilung und Proporz zwischen Ost und West geltend machen könnten, widersprechen die Wissenschaftsminister. Vor der entscheidenden Sitzung befürworten sie alle eine ausschließlich wissenschaftsorientierte Entscheidung. Aber welche Dynamik sich in der abschließenden Runde entwickelt, ist nicht vorhersehbar. Viele, die den Eklat zwischen Politik und Wissenschaft im ersten Verfahren noch erlebt haben, sind nicht mehr im Amt.

Unter den sieben neuen Anwärtern, die sich in der Vorrunde bewährt haben, findet sich eine Universität aus dem Osten, die TU Dresden, die große Chancen auf den Exzellenzstatus hat. Offensichtlich hat sie einen ausgezeichneten Antrag eingereicht. Schon in der ersten Runde der Exzellenzinitiative im Jahre 2006 war sie die einzige ostdeutsche Universität, die ein Exzellenzcluster und eine Graduierten-

Welche Dynamik sich in der abschließenden Runde noch entwickeln wird, ist nicht vorhersehbar.

schule errang. Zu ihren Mitbewerbern gehören die Humboldt-Universität zu Berlin, die Universitäten in Bochum, Bremen, Köln und Mainz sowie Tübingen. Seit der Nominierung Tübingens zittern Freiburg und Konstanz um ihren Exzellenzstatus. Es gilt nämlich als unwahrscheinlich, dass Baden-Württemberg beim erfolgreichen Abschneiden Tübingens die bisherigen vier Exzellenzuniversitäten (Heidelberg, Freiburg, Konstanz, Karlsruhe/KIT) behalten würde. Nicht einmal die Betroffenen selbst glauben so ganz, dass der Wettbewerb ohne alle Proporzüberlegungen entschieden wird.

Vieles spricht dafür, dass die Wissenschaftsvertreter im Bewilligungsausschuss eine Liste von klaren Gewinnern vorlegen und dann zwei oder drei etwa gleich starke Bewerber zur Debatte stellen werden. In diesem Fall könnte tatsächlich die regionale Verteilung den Ausschlag geben. Auffällig ist, dass keine der hessischen Universitäten unter den Anwärtern auf den Exzellenzstatus ist. Inzwischen wird an hessischen Universitäten nicht nur hinter vorgehaltener Hand gemunkelt, dass es ganz offensichtlich an Unterstützung aus dem Wissenschaftsministerium in Wiesbaden mangelte. Nur Darmstadt konnte in der Vorrunde mit Exzellenzcluster und Graduiertenschule reüssieren. Baden-Württemberg war nicht nur in den früheren Entscheidungsphasen, sondern auch jetzt so erfolgreich, weil die Fachreferenten des Wissenschaftsministeriums kundig genug sind, um die Exzellenzanträge aus ihrem Land kritisch gegenzulesen, die Bewerber an einen Tisch zu bringen und ihnen Ratschläge zu erteilen, bevor die Anträge abgegeben werden. Die Universitäten werden dadurch auch davor bewahrt, vor lauter Antragsexzellenz und stromlinienförmiger Antragsprosa betriebsblind zu werden.

Sie haben es in der dritten Runde ohnehin zu einer zweifelhafte Meisterschaft beim Formulieren der zu erwartenden Forschungsvorhaben gebracht. Die Anträge seien geradezu überangepasst gewesen, heißt es in der Wissenschaft. Wie in den vorausgegangenen Runden mussten sie auf Englisch formuliert werden. Wenig aber geriet der sprachliche Einheitsbrei dadurch aus dieses Mal nicht. Auch hier reagierten die deutschen Universitäten devot und geradezu gleichgültig im Blick auf die Geltung des Deutschen als Wissenschaftssprache.

Da es kaum deutsche Wissenschaftler gab, die nicht in irgendeiner Form als An-

tragsteller mitbeteiligt waren, mussten mehr als 200 Gutachter anreisen, zum weitaus größten Teil aus dem Ausland. Den sogenannten Begehungen der Gutachter mit Vertretern des Wissenschaftsrats und der DFG sind in den Universitäten zahlreiche Proben mit theatralischem bis kabarettistischem Charakter vorausgegangen. Da wurden Gutachter gemimt und ein kritisches Publikum einbestellt, der Rektor oder Präsident nach seinem ersten Vortrag wie ein Schuljunge noch einmal in Klausur geschickt – zum Nachbessern und Üben. Ein unvorstellbarer Aufwand. Kein Wunder, dass alle Rektoren und Präsidenten von einem untadeligen Verlauf der Begehung berichteten. Kritik wurde nur von nicht beteiligten Eingeweihten geäußert: So seien einige der ausländischen Gutachter auch dieses Mal durch tiefe Unkenntnis des föderalen Systems aufgefallen – trotz umfangreicher Vorinformationen in ihrer jeweiligen Sprache.

Für die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster, die im März des vergangenen Jahres für die Endrunde ausgewählt wurden, war die DFG federführend, für die dritte Förderlinie des Wettbewerbs mit universitären Zukunftskonzepten der Wissenschaftsrat. Eingereicht wurden allein 98 neue Anträge für Graduiertenschulen, von denen 25 ausgewählt wurden, und 107 Anträge für Exzellenzcluster, von denen 27 die Vorrunde überstanden.

Seit nunmehr zwei Jahren bindet die Exzellenzinitiative die Kräfte der renommiertesten Forscher in den Universitäten, die sich in der dritten Runde neu beworben haben. Alle bisher schon ausgewählten mussten einerseits Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit vorlegen, was nach zwei Jahren und bürokratischen Anfangsschwierigkeiten nicht immer ganz leicht war, und einen kreativen Vorschlag für die Fortsetzung entwickeln. Prinzipiell haben es die Neubewerber also etwas leicht-

er, sie konnten noch unbeschwerter Luftschlösser bauen und mussten noch keine Ergebnisse vorweisen.

Es ist kein Zufall, dass nur vier der 27 ins Finale gelangten Cluster aus den Geistes- und Sozialwissenschaften stammen. Bei den bisher schon beteiligten 37 Clustern sind es sechs. Zwar sind die Kulturwissenschaften offenbar bei der Exzellenzinitiative erfolgreicher gewesen als in

Auf Dauer bekommt es der Wissenschaft schlecht, wenn sie nach der Pfeife der Politik tanzen muss.

den koordinierten Programmen der DFG, aber das dürfte eher mit ihrer virtuoseren Beherrschung des „Zeitgeist-Surfens“ zusammenhängen. Für die Geisteswissenschaften ist das Cluster-Format zu groß, ein Sonderforschungsbereich wäre oft viel sinnvoller. Außerdem ist geisteswissenschaftliche Forschung ohnehin nicht so kostspielig wie natur- oder technikkwissenschaftliche.

Was nach dem Ausschöpfen der Exzellenzgelder in fünf Jahren geschehen soll, ist völlig offen. Es gibt zwar einige Mittel für eine Übergangsphase, wie die DFG schon früh verheißt hat. Aber die werden nicht weit reichen. Das Bundesbildungsministerium setzt große Hoffnungen auf eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats, die sich die Architektur des gesamten deutschen Wissenschaftssystems vorgenommen hat und Vorschläge für eine Neuausrichtung machen soll. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrats hat vorsorglich schon darauf hingewiesen, dass es künftig nicht nur um Spitzenforschung gehen könne, sondern auch um andere Leistungen des Wissenschaftssys-

tems wie die Lehre oder den Transfer von Forschungsergebnissen in die Anwendung – nicht unbedingt minder fragwürdige Kriterien.

Problematisch ist, dass die interdisziplinären Anträge für Exzellenzcluster und die dadurch entstandenen Forschungsverbände innerhalb von Universitäten langfristig die Fächer Vielfalt bedrohen könnten. Denn zahlreiche Clusterprofessuren müssen nach 2017 durch Mittel des jeweiligen Sitzlandes verstetigt werden. Wenn bis dahin das sogenannte Kooperationsverbot aufgehoben würde, könnte der Bund besonders erfolgreiche Zentren weiterfinanzieren. Häufig aber, so fürchten viele Vertreter kleinerer Fächer in den Bewerberhochschulen, könnte die Weiterfinanzierung der Clusterprofessuren zu ihren Lasten gehen.

Wer an einer Exzellenzuniversität studiert, ist nicht unbedingt zu beneiden. Die Studenten haben am wenigsten vom Geldsegen der Exzellenzinitiative. An kleineren Universitäten treffen sie erhebliche Nachteile. Wenn sich die renommiertesten Forscher nach der qualenden Antragsformulierung und der damit verbundenen Zeit, die ihnen für eigene Forschung verlorengeht, mit Exzellenzgeldern gesegnet schließlich zum Forscher zurückziehen und sich in der Lehre vertreten lassen, wird sie mancher Student nicht einmal sehen. Einhellig plädieren die beteiligten Wissenschaftler und Universitäten nach drei Runden Exzellenzinitiative für eine Phase der Ruhe und des ungestörten Forschens. Dann wird hoffentlich auch einmal darüber nachgedacht, wie sehr die Exzellenzinitiative das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Es bekommt der Wissenschaft auf Dauer schlecht, wenn sie in Antrags- und Forschungskonformismus fast bis zur Selbstaufgabe nach der Pfeife der Politik tanzt.